28. Jan. 2019

Freie Wählergemeinschaft Waldalgesheim und Genheim e.V.

Helmut Schmitt
Hochstrasse 13
55425 Waldalgesheim
Telefon: 06721 / 35672

Ortsgemeinde Waldalgesheim
z.H. Herrn
Ortsbürgermeister
Stefan Reichert
Kreuzstraße 2
55425 Waldalgesheim

Waldalgesheim, 27.01.2019

Antrag auf Beschlussfassung einer Resolution zwecks Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Ortsbürgermeister Reichert,

nehmen Sie bitte unseren vorgenannten Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung auf.

Für Baumaßnahmen, durch welche die Straßen verbessert, erweitert, erneuert oder umgebaut werden, erheben die Gemeinden derzeit Ausbaubeiträge.
Da die Grundstücke auf dem Land größer sind und die Anzahl der Anlieger, die die Maßnahme schultern müssen, daher geringer ist als in Städten, entstehen hier Forderungen an die Beitragspflichtigen, die viele vor erhebliche finanzielle Probleme stellen bzw. sie in ihrer Existenz bedrohen.

Die Erhebung der Beiträge ist zudem schwierig und mündet häufig in kostspielige Rechtstreite. Entsprechend ist das Verhältnis zwischen den Einnahmen und dem Erhebungsaufwand eher schlecht.

Außerdem sind die Erneuerung und Verbesserung der gemeindlichen Straßen kein erheblicher Sondervorteil für die angrenzenden Grundstückseigentümer, denn die Straßen werden durch die Allgemeinheit und nicht nur von den Anliegern genutzt.

Unsere Fraktion beantragt daher folgende Resolution:

Der Ortsgemeinderat Waldalgesheim fordert die Landesregierung dazu auf, die notwendigen gesetzlichen Regelungen zu erlassen, damit die Bürger von der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen befreit werden.
Die bisherigen Anliegeranteile sollen künftig aus dem originären Landeshaushalt – aber nicht aus dem kommunalen Finanzausgleich – gezahlt werden.

Unser Antrag dient dem Ziel, die Bürger zu entlasten und die Kommunen nicht zu belasten.

Wir hoffen, dass sich die Mehrheit des Ortsgemeinderates dem Antrag anschließt und dadurch eine offene Debatte über die beste und fairste Lösung im Sinne der Anlieger angestoßen wird.

In den Ländern Baden-Württemberg, Hamburg, Berlin und Bayern verzichtet man bereits auf eine Kostenbeteiligung der Anlieger. Auch Hessen will möglicherweise die Straßenausbaubeiträge abschaffen.

(Helmut Schmitt)
Fraktionssprecher